

# Der Gewerkeverein

## Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.; bei direkter Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände vom **Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine** (Hirsch-Wander). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 15 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4726.

Nr. 70.

Berlin, Mittwoch, 4. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

### Inhalts-Verzeichnis.

Die nächsten sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages. — Schwindelstatistiken. — Gewerkegerichtswahl in Wertheim. — „Arbeitermangel“. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Die nächsten sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages.

Eine neue Novelle zur Gewerbeordnung ist dem Bundesrat von dem neuen Staatssekretär des Innern, wie wir bereits in voriger Nummer mitteilten, unterbreitet worden. Es handelt sich dabei um die Regelung der Nachtruhezeit für gewerbliche Arbeiterinnen gemäß dem internationalen Berner Übereinkommen, ferner um die Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden und um eine Regelung der Heimarbeit. Nähere Angaben über den Inhalt der Novelle fehlen auch heute noch. Alles was bisher darüber bekannt geworden ist, wurde in den „Berl. Pol. Nachr.“ veröffentlicht, die offenbar aus dem Reichsamt des Innern selbst ihre Kenntnis schöpfen.

Nach den Ausführungen des genannten Blattes läuft die Novelle im wesentlichen auf eine Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung hinaus, in dem bereits vorgesehen ist, daß Arbeiterinnen in Fabriken in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens nicht beschäftigt werden dürfen. Nach den in Bern getroffenen Vereinbarungen sollen noch gewisse Ergänzungen zu dieser Bestimmung eingeführt werden. Welcher Art diese Ergänzungen sind, entzieht sich einstweilen noch der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Auch die Verkürzung des Maximalarbeitsstages für Frauen bedingt eine Änderung jenes § 137, der durch die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 eine Maximalarbeitszeit von 11 Stunden vorsieht. Die seitens der Textilindustrie begangenen Bedenken, daß eine Herabsetzung dieser Höchstarbeitszeit auf die Arbeitsdauer der gesamten Arbeiterkraft eine schädliche Rückwirkung haben könnte, sind durch die Entwicklung der Dinge widerlegt worden, und die Textilindustriellen selbst haben ihren Widerstand gegen eine Herabsetzung der Höchstgrenze der Arbeitszeit aufgegeben. Nach all diesen Erwägungen erscheint es uns zweifellos, daß auch im Reichstage diesen sozialpolitischen Vorschlägen keine nennenswerte Opposition gemacht, sondern ihnen ohne weiteres zugestimmt werden wird.

Ob dies auch bezüglich der Regelung der Hausarbeit eintreten wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Denn wie aus der Presse zu ersehen ist, handelt es sich hier nicht um eine grundsätzliche Regelung der Verhältnisse in der Heimarbeit, sondern nur um die Uebersetzung von Vorschriften auf die Heimindustrie, die für die Gewerbebetriebe bereits gültig sind. Von einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Haus- und Heimarbeit ist man ebensowenig abgeneigt, weil sich bei der Berücksichtigung der Verhältnisse dieses Gebietes durch ein einheitliches Gesetz nicht regeln lässe. Man will sich daher auf Spezialverordnungen bzw. Spezialgesetze beschränken. So hat auch Graf Posadowsky bei seinem Scheiden einen fertigen Gesetzentwurf über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit hinterlassen, eine Vorlage, welche förmlich auch unverzüglich an den Reichstag gelangt, da gerade in diesem handindustriellen Zweige eine gesetzliche Regelung allein vom gesundheitlichen

Standpunkte aus dringend erforderlich ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Art der Behandlung der Heimindustriefrage nicht allzuviel Sympathie im Reichstage finden und deshalb auf lebhaften Widerstand stoßen wird.

In einem großen Teile der Presse werden die erdrieten gesetzlichen Vorschläge überschwänglich gepriesen. Es wird darauf hingewiesen, daß nunmehr der Beweis erbracht sei, daß der Wechsel in den Personen an der Spitze des Reichsamts des Innern nicht auch einen Wechsel des Systems bedeute. Uns fiel dabei das Wort ein: „Neue Befehle lehren gut!“ Der Staatssekretär von Bethmann-Hollmann hat offenbar das Bedürfnis, sich gut einzuführen. Er möchte nicht gleich einen allzu scharfen Kontrast zwischen seiner und seines Vorgängers Amtstätigkeit aufkommen lassen. Deshalb hat er sich offenbar beeilt, noch bevor er Gelegenheit hatte, sich der Volkvertretung in seinem neuen Amte vorzustellen, mit sozialpolitischen Maßnahmen hervorzutreten.

Nichts ist schädlicher als Ueberschätzung, und deswegen wollen wir nicht veräumen, schon heute darauf hinzuweisen, daß wir die Annahme der Gewerbeordnungsnovelle wohl dringend wünschen. Eine sozialpolitische Großtat des neuen Staatssekretärs des Innern vermögen wir darin aber nicht zu erblicken. Er hat lediglich aus dem reichen sozialpolitischen Vermächtnis, das ihm Graf Posadowsky hinterlassen hat, die nächstliegenden, bereits so gut wie fertiggestellten Gegenstände herausgegriffen. Auf sein Verdienstkonto also fallen diese sozialpolitischen Maßnahmen noch nicht, und es wäre daher verfehlt, aus der Einbringung dieser Gewerbeordnungsnovelle einen Schluß zu ziehen auf die fernere Gestaltung unserer Sozialpolitik. Es scheint uns nicht angebracht, in dieser Beziehung allzu rosig in die Zukunft zu schauen. Gerade die „Berl. Pol. Nachr.“, deren sich das Reichsamt des Innern als Sprachrohr bedient hat, machen uns stutzig. In einem Artikel vom 29. August, in dem die Einbringung der Novelle als „augenfälliger Beweis für die fräftige Fortführung der Sozialpolitik“ hingestellt wird, werden weiterhin Ausführungen gemacht, die doch auf ein starkes Entgegenkommen gegenüber dem Scharfmachertum hindeuten. Es wird da gesagt, daß die industriellen Arbeitgeber bisher bei der Vorbereitung der sozialpolitischen Maßnahmen mehr und mehr ausgeschaltet worden seien und die Verhältnisse und Bedürfnisse der Praxis nicht die ausreichende Berücksichtigung gefunden hätten. Es sei dadurch der Eindruck hervorgerufen, als ob in sozialpolitischen Fragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mit gleichen Massen gemessen würden, vielmehr die Interessen der Arbeitnehmer einseitig, ohne Rücksicht auch auf die berechtigten Forderungen der Arbeitgeber, den Gesetzgebern zur Richtschnur dienen sollten. Und dann heißt es weiter:

„Wenn nach dieser Richtung jetzt eine Veränderung eintritt, so wird dies im bedauerlichen Interesse sowohl der Regierung wie der Industrie nur als sehr erwünscht bezeichnet werden müssen. Wird die Industrie mit ihren Wünschen und Auffassungen vor der Prüfung der betreffenden Gesetzesentwürfe schamlos schiedt, so werden in diesen die demigen Härten vermieden werden, die in den letzten Jahren mehrfach in den Kreisen der betroffenen Gewerbebetriebe und auch der Bestimmungen hervorgerufen haben. Vor allem aber wird wieder ein volles Vertrauensverhältnis zwischen der Reichsregierung und den Industriellen unseres Landes hergestellt werden, wie es im

Interesse der Fortführung einer fräftigen deutsch-nationalen Politik so dringend wünschenswert ist. Sachliche und allgemeine politische Gründe wirken daher nach der Richtung hin zusammen, bei voller Aufrechterhaltung der Parole, die arbeiterfreundliche Sozialpolitik im Reich eifrig fortzuführen, doch ein Verfahren einzuschlagen, durch das die Arbeitgeber zur Mitwirkung bei dieser Gesetzgebung vertrauensvoll herangezogen werden.“

Derartige Ausführungen in einem offiziösen unterrichteten Blatte sind durchaus geeignet, die Arbeiterschaft mißtrauisch zu machen. Sie bedeuten zweifellos eine Abgabe an das bisher geübte System. Die allernächste Zukunft wird ja lehren, ob diese Bedenken berechtigt sind. Immerhin dürfte es angebracht sein, der neuen Richtung die lebhafteste Aufmerksamkeit zu widmen. Die arbeiterfreundlichen Parteien des Reichstages müssen darauf bedacht sein, daß kein Stillstand in der Sozialpolitik eintritt und die Regierung zu energischem Vorwärtsschreiten gezwungen wird. Wir wollen wünschen, daß dies gelingt und unsere Befürchtungen nicht eintreffen.

L. L.

### Schwindelstatistiken.

Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands wurden in Nr. 26 die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitersekretariate pro 1906 veröffentlicht, in Nr. 32 die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaftskartelle pro 1903. Wenn man die Zahlen auf ihre Richtigkeit etwas genauer untersucht, so findet man, daß die Genossen es auch hier bei diesen Statistiken mit der Wahrheit nicht gerade genau nehmen. Die bekannte Zahlenwut, die auf jener Seite vorhanden ist, läßt alle Vorsichtsmaßregeln beiseite und, weil man weiß, daß die eigenen Mitglieder die Veröffentlichungen nur in den seltensten Fällen durchlesen, schwindelt man läßt so und so viele tausend Mitglieder hinzu.

Greifen wir aus diesen sogenannten Statistiken einige Zahlen heraus.

Am 1. Juli 1906 waren für das Gewerkschaftskartell in Nürnberg 3347 Mitglieder gemeldet; am 31. Dezember 1906 betrug der Mitgliederbestand 32429, was einen Verlust im letzten Halbjahr 1906 von 1468 Mitgliedern bedeutet. Der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug laut Bericht des Sekretariats 31188, welche jährlich an das Kartell pro Kopf 12 Pf. entrichten müssen. An Einnahme hätten also 3742 Mk. (die Fehlsätze sind bei der Berechnung weggelassen) vorhanden sein müssen; eingegangen sind jedoch nur 2903 Mk., also 839 Mk. weniger. Auf die Mitglieder umgerechnet ergeben diese 839 Mk. die Beiträge für 6992 Mitglieder; also bloß 6992 Mitglieder hat man hinzugeschwindelt.

Betrachten wir dann die Einnahmen des Arbeitersekretariats, zu dessen Unterhaltung pro Mitglied und Jahr 1,04 Mk. aufgebracht werden. Bei der Mitgliederzahl von 31188 hätte eine Einnahme von 32435 Mk. vorhanden sein müssen; dieselbe beträgt jedoch in Wirklichkeit nur 23865 Mk., also 8570 Mk. weniger. Umgerechnet auf die Mitglieder macht das 8240 Mitglieder aus; also hier hat man, bedenklich wie man ist, 8240 Mitglieder hinzugeschwindelt. Nun fragen schließlich die Macher dieser Statistik: Ja, das Jahr ist bloß zu 48 Wochen berechnet. Deutlich zählt bei den „Genossen“ das Jahr, soweit Beitragszahlen in Frage kommen, nur 48 Wochen. Aber selbst dann hat man noch eine schöne Zahl Mitglieder zu viel gerechnet.

Die Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes Nürnberg hat für 1906 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 13337 angegeben. An das Kartell zahlte man 1906 1409 Mk., gleich rund 11700 Mitglieder; an das Sekretariat leistete man 11291 Mk., welche Summe einer Mitgliederzahl von 10857 entspricht. Im ersten



Falle hätte man der Öffentlichkeit 1637, im letzteren Falle gar 2490 Mitglieder mehr vorgeschwindelt.

Wenn man die Einnahmen und Ausgaben des Gewerkschaftsvereins für die Stadt und den Ort des dortigen Arbeitervereins nachprüft, so wird man finden, daß dort die Wahrheit noch stärker gebogen wird als in den Nürnberg'schen Berichten. In Schwabach sind die Mitgliederzahlen, an den Einnahmen gemessen, fast um 100 pCt. zu hoch angegeben.

An diesen Beispielen sieht man, was man von den Statistiken und Veröffentlichungen, die über die sozialdemokratischen Gewerkschaften von den führenden Genossen gemacht werden, zu halten hat. Die tatsächlichen Verhältnisse bringen dieselben nicht, sondern man summiert Tausende und abermals Tausende von Mitgliedern hinzu. Um renommierten und sich als Karol hingestellt zu können, gibt man solche Statistiken heraus. Denn ein anderer Schluß bleibt: in diesem Falle nicht übrig, will wir doch nicht annehmen wollen, daß die Massengesellschaften unreell geführt werden. Unwillkürlich drängt sich dann aber gleichzeitig die Frage auf: Wieviel Mitglieder werden wohl in ganz Deutschland wieviel ausgeführt werden, wenn es in diesem einen Bezirk allein viele Tausende sind?

G. M.

**Gewerbegerichtswahl in Merseburg.**

Nicht nur der Hahn im Wappenschild der Stadt Merseburg erinnert daran, daß wir es dort mit einer Stadt zu tun haben, die in der Geschichte der vergangenen Jahrhunderte eine große Rolle gespielt hat; Sülze und Dom besonders reden von der alten Zeit. Und die engen, willigen Straßen mit den vielen wohlgehaltenen Häusern aus der Vierbernerzeit weisen schon dem Fremden, daß Merseburg noch nicht das ist, was man eine „moderne Stadt“ nennt. Die nervöse Hast des modernen Lebens herrscht nicht dort. Beamte, Lehrer, Regierungs- u. w. Behörden bilden neben dem zugehörigen Kleinbürgerum die Bevölkerung der Stadt. Weder das moderne Großkapital sieht man — mit wenigen Ausnahmen — in Merseburg, noch spielt das zweite Element der modernen Zeit, der Arbeiterstand, eine große Rolle. Bekämpfer Mittelstand ist die Signatur, und der äußere Eindruck der Stadt ähnelt in mancher Beziehung dem Karlsruhes: höchstens fehlen in Merseburg die Male und der Großerhogg.

In diese etwas feierliche Stille ertönen am Ende August einige moderne Kampfklänge. Die Stadtgemeinde hat, da sie seit einigen Jahren 20000 Einwohner besitzt, ein Gewerbegericht errichtet. Das gab ansehnliche Veranlassung, sich gemeinsam mit dem evangelischen Arbeiterverein an der Wahl zu beteiligen. Beide Organisationen sind nicht sehr zahlreich, stehen an Zahl jedenfalls weit hinter den sozialdemokratischen Gewerkschaften zurück. Aber es war erhellend, daß unsere Kollegen den Kampf aufnahmen, und sie haben ihn mit verhältnismäßig guten Erfolge durchgeführt. Die Agitation wachte sich im Gegensatz zu den Sozialdemokraten an die nationale Arbeiterschaft. „Die nationalen Arbeiter vor die Front!“ war der Schlußruf in Versammlungen und Flugblättern. Und sie kamen, wenigstens, wenn man in Rücksicht zieht, daß diese Fahne zum ersten Male in Merseburg entrollt wurde. Die beiden Vereinigungen brachten eine ganze Anzahl Wähler mehr an die Urne, als sie stimmberechtigte Mitglieder haben, während die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen erheblich niedriger ist als die ihrer Wahlberechtigten.

Was das Stimmenergebnis betrifft, so läßt es erkennen, daß auch durch die Verhältniswahl nicht alle Unberechtigten befähigt werden. Es erhielten:

- Die Liste A der nationalen Arbeiter 8932
- „ „ B „ sozialdemokr. „ 33159

In ganzen 42091 Stimmen. Da sieben Bewerber zu wählen sind, entfallen mithin auf einen derselben 5261 Stimmen. Da die nationalen Arbeiter nur einen Bewerber erhalten, bleiben sie also mit 3671 Stimmen im Recht, d. h. unvertreten. Die nationalen Arbeiter haben mehr als ein Viertel der Stimmen, die die Sozialdemokraten haben, und erhalten doch nur ein Sechstel von deren Bewerberzahl. Hätten die nationalen Arbeiter zwanzig Wähler mehr an die Urne gebracht, so hätten sie zwei und die Sozialdemokraten nur fünf Bewerber erhalten. Das Stimmenergebnis ist also für die nationalen Arbeiter durchaus nicht entmutigend.

Aber den Sozialdemokraten passierte noch ein Malheur. Sie hatten in ihrer Liste zwei Leute aufgestellt, die nicht wählbar waren. Der eine war erst seit Juni 1906 in Merseburg; der zweite, der nicht in Merseburg wohnte, sondern nur arbeitete, hatte nicht zwei Jahre ununterbrochen dort in Arbeit gestanden. Wegen die Gültigkeit der auf beide entfallenen Stimmen ist Protest eingelegt. Wahrscheinlich werden diese Stimmen als ungültig erklärt, und den Herren Sozi, die natürlich den Mund recht vollnehmen, ist ein kleines Breslau bereitet.

Die nationalen Arbeiter Merseburgs hat diese Wahl nun manches Neue gelehrt, vor allem die Ge-

kenntnis, daß neben den bestehenden Ortsvereinen der Maschinenbauer und Fabrik- und Handarbeiter, Ortsvereine anderer Berufs, vor allem der Bauhandwerker, Tischler, graphischen Berufe, gegründet werden müssen. Man kann bei Wahlen nur dann einen vollen Erfolg erzielen, wenn man in allen Berufsgruppen vertreten ist. Ausbau des Vertrauensmännersystems war die zweite Lehre. Von etwa 1100 eingeschriebenen Wählern haben nur 460 gewählt. Die Säumigen sind meist Leute, die unsere Liste gewählt hätten. Das ist also unsere Niederlage; sie müssen wir an die Urne bringen. Dann bedürfen wir aber eines vollkommenen Vertrauensmännersystems. Diese und manche andere Lehren wurde am Abend des Wahltages in einer Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaften und der ebaragelischen Arbeitervereine vom Referenten gezogen. Und alle gelobten sich, jezt schon mit der Agitation für die nächste Wahl zu beginnen. Die Auedauer wird gekürzt.

**„Arbeitermangel“.**

Mangel an Arbeitskräften ist jezt eine ständig wiederkehrende Klage in fast allen Handelskammer- und Syndikatsberichten. Neuern Zeitungsmeldungen zufolge wollen die Bergwerkstaktungen der Mark Brandenburg — gemeint sind hiermit wahrscheinlich die Niederlausitzer — sogar demnächst ernstlich die Importierung chinesischer Stahls in Erwägung ziehen.

Zu diesem Arbeitermangel möchte ich als Arbeiter einige erklärende Bemerkungen machen. Abgesehen von der Braunkohlenindustrie, die insolge der ungelunden Arbeitsverhältnisse in den Brikettfabriken tatsächlich fast immer über Arbeitermangel klagt, sind es meistens solche Werke, die allen Forderungen der Arbeiter nach zeitgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen den größten Widerstand entgegensetzen. Eine Anzahl Arbeiter bringt es auch fertig, den öffentlichen Arbeitsmarkt zu gewiß nicht lauterem Klamegepack zu benutzen. Denn mit Arbeiterklagen in großen Zeitungen treiben gewisse Firmen nur Klame. Sie wollen mit diesem unschönen Manöver, das leider nicht unter das Strafgesetz fällt, die Öffentlichkeit über die wahre Lage ihres Geschäftes hinwegtäuschen. Hierfür ein Beispiel: Eine kleine Firma, deren Väger so ziemlich vollgepfropft sind und die außerdem der regelmäßigen toten Saison entgegengeht, welche die Arbeiter bereits dadurch spüren, daß fortwährend Arbeitstagen von verfrühter Arbeitszeit hollen, lacht trotzdem tüchtige Kupferschmiede, Schlosser und Klempner in Zeitungsinseraten. Wenn man aber dabei noch in Betracht zieht, daß in der Kupferschmiede der betreffende Fabrik überhaupt nur zwei Stellen beschäftigt werden, so wird man das Unlautere, Klamehafte eines solchen „Geschäfts“ gebarems erst recht begreifen.

Dann gibt es auch Werke, die einen so miserablen Lohn zahlen, daß kein Arbeiter damit seine Familie auch nur einigermaßen ansständig ernähren kann, und die deshalb immer, selbst in Zeiten wiedergehender Konjunktur, über Arbeitermangel zu klagen haben. Zu diesen gehören z. B. die Leigener Papierfabriken, die bis zum vorigen Jahre noch einen Stundenlohn von 18—20 Pfg. zahlten. Heute besteht hier ein Stundenlohn für erste Arbeiter von 23 Pfg. Dieses Werk lacht nun seinem chronischen Mangel an Arbeitern durch den Import von Schültern abzuheffen. Doch auch diesen Leuten vor der Verdienst zu gering und sie bräuzen einige Tage die Arbeit, worauf sie dann 2,50 Mk. pro Tag erzielen; außerdem haben diese Leute noch freie Wohnung und Feuerung. Es besteht also hier die für die deutschen Arbeiter so traurige Tatsache, daß die Ausländer besser bezahlt werden als die Einheimischen. Das Ueberfludundenweien steht ebenfalls in Blüte. Schichten von 24 und 36 Stunden sind keine Seltenheit. Eine Sonntagsruhe kennen die dortigen Arbeiter überhaupt nicht mehr. Da für die Papierfabrikation bestimmte gesetzliche Vorschriften bestehen, die nur ausnahmsweise Sonntagsarbeit gestatten, so umgeht man das Gesetz dadurch, daß Sonntags mit den Zellulose-Maschinen gearbeitet wird, über welche die Vorschriften anders lauten. Einem jungen Arbeiter, dem das alles nicht mehr eriel und der deshalb kündigen wollte, gab man die schöne Antwort: „Ja, dann können wir Ihre alte Mutter auch nicht mehr gebrauchen.“ Ist es da ein Wunder, wenn solche Firmen an chronischem Arbeitermangel leiden?

Eine andere Firma in derselben Gegend, die von J. Hitzel-Mallwitz, will ihre Arbeiter mit Gewalt zur Bedürfnislosigkeit erziehen, indem sie einen großen Teil derselben mit Akkordabgaben von durchschnittlich 10 pCt. beklacht. Am 3. August hielt der Herr Chef mit „seinen“ etwa 80 Arbeitern und Arbeiterinnen ein Fabrikfest ab, wobei er von Wohlwollen förmlich überfließ. In einer längeren Ansprache, die in eine gehäufte Beurteilung der Sozialdemokratie, die alle Leute unzufrieden mache, ausklang, leistete er sich auch die schönen Worte: „Ich meine es wirklich gut mit meinen Arbeitern.“ Kurze Zeit nachher muß er aber schon darüber nachgekommen haben, wie er die Kosten des Festes aus „seinen“ Arbeitern wieder herauszuschlagen könne, denn 3 Wochen nach

dem Feste kam die Akkordbegünstigung. Nebenbei mag noch bemerkt werden, daß der Herr ein eifriger Zentrumsagitator ist. Damit jedoch niemand auf den Gedanken komme, daß die Arbeiter hier im Ueberflusse leben und derartige Abzüge ruhig ertragen können, sollen auch die Löhne angegeben werden. Stanzwerlarbeiter erhalten 25 Pfg., Schlosser 30 bis 35 Pfg. und Schmiede 27 bis 30 Pfg. Stundenlohn. Im Akkord darf der Stanzwerlarbeiter 32 bis 35 Pfg. und der Schmied bis 40 und höchstens 42 Pfg. pro Stunde verdienen. Fragt man aber den Arbeitgeber, wieviel man verdienen darf, so erhält man die Antwort: „Soviel wie Sie schaffen, und wenn es pro Tag 6 Mk. sind; ich ziehe nichts ab und freue mich, wenn Sie tüchtig arbeiten.“ Der Herr hat aber in solchen Sachen ein sehr kurzes Gedächtnis.

Auch diese Firma sucht besonders in Breslau tüchtige Handwerker unter hohem Versprechungen. Sobald aber der Herbst kommt und mit ihm die tote Saison, dann gibt es fast regelmäßig Abzüge, und wenn das nicht paßt, der kann gehen. Im Frühjahr befehlt dann selbstverständlich wieder großer Mangel an gelernten Arbeitern! A. K.

**Allgemeine Rundschau.**

Dienstag, 3. September 1907.

Die Besetzung des „Gewerksverein“ muß in diesem Monat für das nächste Quartal von allen denjenigen erneuert werden, die auf der Post abonniert haben. Gleichzeitig wird auch im September das Bestellgeld von allen erhoben, die das Verbandsorgan vom Briefträger in das Haus gebracht erhalten. Wenn ein regelmäßiger und ununterbrochener Lieferung des „Gewerksverein“ etwas gelegen ist, der Versäumung nicht, den geringen Betrag zu Hause zur Verfügung zu halten, damit ihn der Briefträger Mitte des Monats in Empfang nehmen kann.

Gleichzeitig richten wir an die Verbandsgenossen und Genossinnen die dringende Bitte, neue Abonnenten für den „Gewerksverein“ zu werden. Wer über alle Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung und insbesondere in unserer Organisation unterrichtet sein will, wer eine Waffe braucht, um die Angriffe der Gegner jederzeit schlagfertig zurückweisen zu können, wer im Dienste unserer guten Sache mit Erfolg tätig sein möchte, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren. Deshalb darf und muß erwartet werden, daß namentlich jedes Ausführgenosse es sich angelegen sein läßt, unablässig für den „Gewerksverein“ neue Leser zu gewinnen und keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, auf die Wichtigkeit des Abonnements hinzuweisen. Wer für Vertretung des Verbandsorgans sorgt, ist der beste Agitator für unsere Organisation. Darum auf an die Arbeit!

Eine hochbedeutsame Rede hat der Kaiser am Sonntag im Landesmuseum zu Münster gehalten. Entgegen den früheren Kaiserreden, die als Ziel die Erhaltung des äußeren Friedens hinstellten, wird in der letzten Kundgebung die Sehnsucht nach dem inneren Frieden zum Ausdruck gebracht, um alle materiellen und geistigen Güter der deutschen Nation entfalten zu können. Daß dabei der Kaiser auch der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiter gedachte, ist selbstverständlich. So sagte er:

Ich gedenke hierbei auch der Arbeiter, die in den gemaligen industriellen Internehmungen vor den Hochöfen und unter Tage im Stollen mit nerviger Kraft ihr Werk verrichten. Die Sorge für ihre Wohlfahrt und ihre Wohlfahrt habe ich als teures Erbe von meinem im Gott ruhenden Großvater übernommen, und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge festhalten an den Grundsätzen, die in der unvergänglichen Hofschast Kaiser Wilhelm des Großen niedergelegt sind.

Mag man zu Einzelheiten der Rede, deren Wortlaut wohl durch die gesamte Presse gehen wird, denken wie man will. Das eine steht fest, daß sie entstanden ist heraus aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit einer energischen Persönlichkeit und getragen ist von dem sehnlichen Wunsch nach Ausgleich der Gegensätze zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Möge der Wille zur sozialen Reform, der in den angeführten Sätzen zum Ausdruck gelangt, auch baldigst sich in Taten offenbaren!

Von einem Mißbrauch des Erpaubungsurlaubes an den Königlich Preussischen in Spandau berichteten wir in Nr. 61 auf Grund einer Notiz, welche die Kunde durch einen großen Teil der Presse gemacht hatte. Jezt wird uns aus Spandau mitgeteilt, daß jene Notiz auf einem Irrtum beruhte, wie aus folgender an die „Spandauer Zeitung“ gerichteten Zuschrift der Arbeitergenossenschaft der Königlich Preussischen Spandau hervorgeht:

Der in Nr. 163 dieses Blattes gebrachte Bericht, daß Arbeiter der königlichen Institution während ihres Erholungsurlaubes anderwärts gegen Entgelt Beschäftigung genommen haben und deshalb von ihren Instituten entlassen worden sind, wird von den Arbeiterschaften dahin richtig gestellt, daß die Sache vollständig auf Erfindung beruht. Sämtliche Direktoren der königlichen Institution haben ihren Arbeiterschaften erklärt, daß bis heute niemand wegen einer solchen Handlungsweise entlassen worden ist.

Wir nehmen selbstverständlich von dieser Richtigstellung gern Kenntnis. Trotz alledem können wir unsere sonstigen an jene irrtümliche Mitteilung gemachten Bemerkungen, was ihren allgemeinen Inhalt anbetrifft, ruhig aufrecht erhalten.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Elektromontiere in Hamburg-Altona dauert fort, wenn auch eine Anzahl Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt hat. — In Darmen ist der vier Monate dauernde Ausfall der Riemenangangslocher beendet. Sowohl die Lohn-, als auch die Akkordpreise wurden erhöht und die wöchentliche Arbeitszeit auf 57 Stunden herabgesetzt. — Die Heizungs- und Wasserwerke in München haben den von den Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Bedingungen zugestimmt. Der Streik soll für beendet erklärt werden, sobald die Unterschriften der Unternehmer eingelaufen sind. — In der Rotenfelder Blechwarenfabrik haben die Metallarbeiter die Arbeit niedergelagt. Die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft bezw. den Vertretern der Organisation wurden von der Betriebsdirektion rundweg abgelehnt. — Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Steintiner Konfektionsindustrie werden neue Verhandlungen vor dem Gewerbegericht angebahnt, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß in aller nächster Zeit Streik und Aussperrung ihr Ende erreichen. — Seit längerer Zeit schon besteht eine Lohnbewegung in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Zur Beilegung der Differenzen ist, wie das Gewerbegericht jetzt offiziell mitteilt, seine Anrufung als Einigungsamt von 9 Arbeiterverbänden unter gleichzeitiger Einreichung von Tarifverträgen erfolgt. Die Direktion des Betriebes hat auf Anfrage des Gewerbegerichts vorliegen sich geneigt, ebenfalls das Einigungsamt anzunehmen, sich dagegen bereit erklärt, ersichendes Material über die gegenwärtigen Lohnverhältnisse ihrer Arbeiter zur Verfügung über die wirklich gezahlten Löhne und zur Beurteilung der jetzt anhängigen Frage zur Verfügung zu stellen. Danach läßt sich das Ende dieser Bewegung nicht absehen. — Der Zustand der Maschinen- und Heizer auf den Schlepplatern in Hamburg hat sein Ende erreicht. Bei einigen Firmen wurden geringe Zugeständnisse gemacht, bei den anderen ist heute bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Der Kampf im Hafen von Antwerpen tobt weiter, da die Unternehmer von ihrem Herrenstandspunkte nicht ablassen. Die Bevölkerung leidet in ihrer Mehrheit auf Seiten der Arbeiter und unterstützt sie auf jede mögliche Weise. — In den Minen von Sao Domingo (Portugal) sind 2000 Bergarbeiter in den Streik getreten. Sie fordern den achtfünftigen Arbeitstag.

**Eine internationale Vereinigung der Reder zur Bekämpfung von Seemanns- und Hafenarbeiterstreiks** soll gegründet werden. Die Anregung zu dem Plane ist von englischen Unternehmern ausgegangen, die zunächst für den Monat Oktober eine vertrauliche Zusammenkunft zu diesem Zwecke arrangiert haben. Aus allen größeren Hafenorten Europas sollen die Vertreter der namhaftesten Betriebe ihre Teilnahme bereits zugesagt haben. — Auch von diesem Ereignis geben wir unseren Lesern lediglich deswegen Kenntnis, um zu zeigen, wie fest die Arbeitgeber ihre Organisation schließen, und ihnen einen neuen Ansporn zur Agitation für die eigene Sache zu geben. Mögen diese wiederholten Mahnungen ihre Wirkung nicht verfehlen!

**Ein recht bezeichnender Vorfall** ereignete sich in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Zur Verhandlung kam darin zuerst ein Antrag auf Ausschluß des „Genossen“ Tischlermeister Bege, weil derselbe während der Holzarbeiterausperrung seine Arbeiter gemäß dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes ausgesperrt hatte. Bege suchte in längeren Ausführungen den Ausschlußantrag als unbegründet hinzustellen und meinte, eine solche Aussperrung sei kein Ausschlußgrund, denn er habe, indem er als Arbeitgeber für seine wirtschaftlichen Interessen gegen die Arbeiter kämpfte, nicht gegen das Parteiprogramm verstoßen. Wenn ihm ein solcher Vorstoß nicht nachgewiesen werde, würde sein Ausschluß ein Akt der Klassenjustiz sein. Er berief sich in seinen Ausführungen weiter darauf, daß er stets seine Pflicht für die Partei, der er seit 35 Jahren angehört, getan habe, und schon unter dem Sozia-

listengesetz trenn zu ihr gehalten und insulgedessen ausgewiesen worden sei. Als Arbeitgeber sei er stets getreue gewesen, die von ihm beschäftigten Arbeiter so gut zu stellen, als es ihm nur möglich war, aber die Arbeiter hätten in ihm nicht den „Genossen“, sondern nur den Arbeitgeber gesehen. Dadurch sei er schließlich in die Organisation der Arbeiter eingedrungen worden. Nach den Gründen, die für seinen Ausschluß geltend gemacht werden, dürfte ein Arbeitgeber der sozialdemokratischen Organisation überhaupt nicht angehören.

Diese Ausführungen machten auf die Versammlung jedoch keinen Eindruck und der Ausschlußantrag gegen Bege wurde angenommen. Aus dem Vorgang muß man die Konsequenz ziehen, daß ein sozialistisch gesinnter Arbeiter, der durch Geschick, Fleiß oder irgend welche Glücksumstände selbständig geworden ist, am besten tut, aus der sozialdemokratischen Organisation auszutreten, wenn er sich nicht der Gefahr des Ausschlusses aussetzen will. Denn ebenso wie der Arbeiter von Arbeiter Solidarität verlangt, kann dies auch der Arbeitgeber von seinem Standesgenossen verlangen. Daraus entstehen dann derartige Konflikte, wie sie oben geschildert sind. Oder will man etwa das Koalitionsrecht den Arbeitgebern vorenthalten? Das könnte leicht zu Konsequenzen führen, die auch für die Arbeitnehmer nachteilig wären.

**Einem Einblick in den sozialdemokratischen Jubiläumskreis** gewährt uns der „Genosse“ Lehmann in den „Sozialistischen Monatsheften“ durch einen Artikel über „Struella Pädagogik“. Während auf der gegenwärtig des internationalen Kongresses in Stuttgart abgehaltenen sozialistischen Professorenkonferenz die anwesenden Vertreter nicht in der Lage waren anzugeben, wie der Zukunftsstaat aussehen werde, weiß der „Genosse“ Lehmann wenigstens zu sagen, wie sich das Zukunftsleben der Beschäftigten in der Zukunfts-gesellschaft gestalten wird. Er sagt nämlich u. a.:

„Ich glaube, die sozialistische Gesellschaft wird zunächst die erste Jugend so gesund, so glücklich, so anregend, so voll Interessen, die dem Alter entsprechen, zu gestalten wissen, daß Nervosität und Sträuberei verschwinden und physiologische Anordnungen auf ein Minimum reduziert werden. Ich glaube, sie wird Kranke durch die nötigen Maßnahmen der Isolierung und rechtzeitiger und ausreichender Behandlung ausräumen. Ich glaube, sie wird ein gewisses Alter und auch gewisse Krankheiten bestimmen, in denen das Zeugen und Gebären von Kindern verboten ist, als Sühne für Minderjährige und in Interesse der Rasse. Nach Übersetzung dieser Altersgrenze wird sie das Eingehen und Ausgehen von gesellschaftlichen Beziehungen dem individuellen Ermessen überlassen, ohne davon irgend einer Weise Kenntnis zu nehmen. Nur für den Fall, daß Kinder aus der Verbindung hervorgehen, wird sie das Paar für eine bestimmte Periode — etwa 3 bis 5 Jahre — als Geleite betrachten und sie zur gemeinsamen Sorge für die Kinder anhalten. Nach Verlaufe dieser Zeit wird es ihnen freistehen, auszuscheiden, mit dem Recht freier Vereinbarungen über die weitere Kindererziehung; im Fall der Unmöglichkeit wird das Recht einseitig für Kinder, die ohne Eltern verbleiben, wird die Gesellschaft sorgen. Solche Kinder wird es wahrscheinlich sehr wenige geben, denn es wird der Frau gestattet sein, eine unerwünschte Schwangerschaft innerhalb einer bestimmten Zeit durch ärztliche Hilfe unterbrechen zu lassen.“

So will sich im Kopf eines fähigen Genossen die zukünftige Welt. Keine Zustände würden einreisen, wenn sich das jemals verwirklichen würde.

**Der empfindsame „Vorwärts“.** In seiner letzten Sonntagsnummer entwirft sich das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die bekanntlich allein wahre Kultur und Bildung zu fördern imstande ist, über eine Nummer der polnischen Ausgabe des christlichen „Vorwärts“, die von wahrhaft schweinscher Unfähigkeit zeugt. Von den Angriffen, die der sozialdemokratische Bergarbeiterverband gegen den christlichen Gewerksverein richtet, wird dort gesagt, daß deren „nur völlig verdorrte Auswürfe der menschlichen Gesellschaft fähig sind!“ Zu diesen müsse man „einen gewissen Teil der Sozialdemokraten vom alten Verband“ rechnen! Nochmals werden „sozialdemokratische Strümpfe“, „Auswürfe der Menschheit“ genannt, den Verbändlern deren Verleumdungen gegen den „Gewerksverein“ vorgeworfen usw. Den höchsten Gipfel des Sauberdenkens erklimmt der „christliche“ Schriftsteller aber im Schlußsatz: „Individuen, die so verfahren, verdienen nicht anderes, als daß man ihnen geradezu in die Schnauze spuckt!“

Das sind in der Tat Ausdrücke, die anfängliche Gegner auch im härtesten Kampfe vermeiden müssen. Wenn aber der „Vorwärts“ jetzt plötzlich den sittlich Entarteten markiert und wie eine zimperliche alte Jungfer gegen den „Vorwärts“ lossteift, und zwar in Redensarten, die hinter denen des christlichen Organs kaum zurückbleiben, so muß das geradezu komisch wirken. Denn was die Anwendung des Sauberdenkens anbelangt, so möge der „Vorwärts“ ge-

fähigt erst einmal vor der eigenen Tür stehen, oder nachher, wie es die „Leidige Volksmeinung“ und andere Parteiführer treiben. Im Vergleich zu denen bleibt der „Vorwärts“ immer noch der reine Kaiserknab.

**Die „freie Station“ des Handlungsgehilfen** wurde recht dräulich beleuchtet durch eine Verhandlung, die vor einigen Tagen vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattfand. Der Kläger war gegen ein Monatsgehalt von 35 Mk. und freie Station als Verkäufer in einem Dragengeschäft angestellt. Zweimal in der Woche gab es zu Mittag Erbsen, die übrigen Tage Kartoffeln. Das Essen mußte sich der Verkäufer selbst zubereiten. Um Abwechslung hineinzubringen, so berichtet das „Deutsche Blatt“ nach der Verhandlung, kochte er umschichtig Kartoffeln, Kartoffelpurree, Pellkartoffeln usw. Obgleich er um 7 Uhr aufstehen mußte, bekam er erst gegen 11 Uhr den Morgenkaffee, ein zweites Frühstück gab es überhaupt nicht. Seine kleinen Auslagen für Zigaretten und Zubereitung des Abendbrots schwankten zwischen 20 und 55 Pf. pro Tag, aber auch das war dem Chef noch zu hoch. Den Hauptgrund zum Konflikt mit dem Vorgesetzten bildeten die gerabte haarfürbenden logischen Zustände in den Geschäfts- und Wohnräumen, die eng aneinanderreihen. Der Kläger mußte sich das Eingestrichel selbst reinigen. Die Aufwachschüssel benutzte der Chef zu förmlichen Reinigungen. Sodann hatte der höhere Kommissar des Klosets einen im Geschäftsräume liegenden großen Kaffeekeimer in regelmäßiger Benutzung genommen. Erst nach dem Abgang des erteren entbede der Beklagte den Inhalt des Koffers. Er hob den mit Rot angefüllten Kaffeekeimer noch wochenlang in einem an den Waden angrenzenden Räume auf, um ihn gelegentlich dem Vater seines früheren Angestellten zu zeigen. Außerdem unterhielt der Beklagte eine Hundegucht. Die Tiere verunreinigten Küche, Wohn- und Geschäftsräume. An einem Tage verendeten drei Hunde. Die Kadaver lagen tagelang herum, dann verbrannte sie die Frau des Chf's im Rückenherd. — Der Kläger klagt wiederholt um Abstellung der unhygienischen Zustände, und als er am 27. Juli wieder eine barische Abweisung erhielt, ließ er sich zu der Ausrufung hinreißen: „Sie sind ein ungebildeter Mensch“, worauf er sofort entlassen wurde.

Das Kaufmannsgericht sah die Entlassung des Klägers als ungerechtfertigt an. Die Ausrufung des Klägers sei zwar ungebührlich, aber sie habe sich erst aus einem scharfen Disput entwickelt. Der seinen Ursprung in den tatsächlichen höchst eigenartigen Zuständen im Hause des Beklagten habe. Vor II. teilsfällung sah die der Beklagte im Vergleichswerte 100 Mark.

Eigentlich sollte man derartige Vorkommnisse für unmöglich halten. Es handelt sich ja auch gütlicherweise um einen Anbahnungsfall, der doch aber immerhin zeigt, was sich ein „junger Mann“ bisweilen bieten lassen muß und was man unter Umständen unter „freier Station“ zu verstehen hat, deren Beseitigung unter allen Umständen angestrebt werden muß. Es wird dies unso eber gelingen, wenn die Handlungsgehilfen sich in Berufsorganisationen zusammenschließen, die wie der Verein der Deutschen Kaufleute die wahren Interessen aller Handelsangestellten wirksam und, wie mit Recht hervorgehoben werden darf, mit Erfolg vertreten.

**Das Zeitalter der Organisation.** Über dieses Thema hält am Freitag, 6. September, abends 8 Uhr, im großen Saale der Germania-Feilsäle, Schulstraße 103, in einer vom Bund der technischen industriellen Beamten einberufenen öffentlichen Versammlung Professor Hummel-Karlstube einen Vortrag. Da das Thema sicherlich auch für unsere Mitglieder von großem Interesse ist und der Zutritt zu der Versammlung freier ist, sei hiermit empfehlend darauf aufmerksam gemacht.

### Gewerbereins-Zeit.

**Magdeburg.** Auf dem letzten Delegiertenkongreß des Gewerksvereins der Bildhauer hat der Magdeburger Delegierte, Kol. Walter, ausgeführt, die Mitglieder des Ortsvereins Magdeburg können leider in das Gebiet auf die Ortsverbände nicht einstimmen. Eine Zusage für den Ortsverein Magdeburg habe der Ortsverband nicht erteilt, und so habe es denn auch mit der Bewilligung von Mitteln für den Ortsverband keine Schwierigkeiten gehabt. Gegen diese Ausführungen wendet sich im „Mittel-Courier“ der Ausschuss des Ortsverbandes Magdeburg mit einer Erklärung, in der er treffend die Magdeburger mit dem Ortsverband und der Ortsvereine schiltet. Zum Schluß heißt es dann: „Daß der Kollege Walter seinen Ausführungen auf der Generalversammlung über schließlich noch ein Märchen beifügt, indem er sagt, unter diesen Umständen hätte es mit Bewilligung von Mitteln für den Ortsverband keine Schwierigkeiten, möchten wir leicht bebauern. Tatsächlich hat der Ortsverein der Bildhauer Magdeburg lediglich 5 Pf. Ortsverbandesbeiträge pro

Quartal gezahlt. Das verursacht aber keine Schwierigkeiten, denn diese 5 Pfg. werden bekanntlich seitens der Hauptkasse des Gewerkschafts getragen. Die früher ausgegebene Beihilfegeld, zu den Kosten des Ortsverbandes sekretariats beitragen, hat der Ortsverein zu erfüllen bisher vergessen, ob auf Anraten des Kollegen Walter, entschuldigt sich unser Kenntnis. Wohl aber hat man aus dem angefallenen Lokalfonds die ausgeschriebenem Erläuterungen rascher gezahlt. Die Solidarität ist demnach kein leerer Name!

**4. Zetteln.** Am Sonntag, 25. August, fand im Angelsenhof ein zahlreich besuchtes Mittaliedererziehungsfest unseres Ortsverbandes statt. Nach Verlesung der Protokolle und des Jahresberichts für das 2. Quartal, der einen Kassenbestand von 64,77 RM. aufweist, wurde bemängelt, daß im letzten Bericht im "Gewerkschaft" ein Fehler enthalten war, insofern der Kassenbestand zu hoch angegeben war. Darauf hielt der Kollege Saathig ein längeres Referat über die durch die Aufsperrung der hiesigen Konfektionsbetriebe hervorgerufene Situation. Der Ortsverband verpflichtet sich, die betreffenden Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch zu unterstützen. Des weiteren wurde die Lokalfrage erörtert und für das nächste Jahr eine Verlegung des Versammlungsortes beschlossen. Um einer Wiederholung dieser Dinge vorzubeugen, wurde der Ortsvereinsauschuss beauftragt, einen Plan auszuarbeiten betreffs Gründung eines Fonds zur Erbauung eines eigenen Gewerkschaftshauses für Stettin. Hieran erfolgte Schluß der Versammlung.

Karl Müller, Ortsverbandssekretär.

### Verbands-Zeit.

**Frauen-Beiratskassen des Verbandes.**  
Leistung über eingezahlte Beiträge.  
Monat Mai 1907.  
**Bauhauwerter:** Sorau 2,08, Ulm 5,07, Wildhaber: Berlin 10,53, **Fabrik- und Handarbeiter:** Gabeln 2,60, Graubenz 8,84, **Kaufleute:** Berlin IX 0,90, **Kontistoren:** Halber 0,60, **Wäschereibauer:** a. **Metallarbeiter:** Wirsdorf 5,20, **Graphische Berufs:** Berlin III 8,18, Jable 16,12, Straßburg 27,80, **Vergeltungsarbeiter:** Altwasser 26,00, **Plantenbau:** 0,89, **Golda:** 0,78, **Hüttenfach:** 1,04, **Schneider:** Straßburg 12,96, **Herrmann-Rödingberg:** 0,78, **Waff:** Berlin 0,65, **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Frankfurt 12,14, **Randel:** 20,02, **Rain:** 1,26, **Raumburg:** 2,21, **Reisdam:** 9,78, **Wirsdorf:** 6,87, **Stettin:** 3,12, **Straßburg:** 22,26, **Hesse-Frankfurt:** 2,84, **Stahlarbeiter:** Apolda 13,67, **Vierhühner:** 1,56, **Gabeln:** 6,53, **Commerfeld:** 8,32, **Löpfer:** Ebing 0,96. **Gesamte RM. 235,61.**

**Monat Juni 1907.**  
**Fabrik- und Handarbeiter:** Wälder-Graubenz 2,84, **Bielitz-Graubenz:** 3,12, **Kaufleute:** Jörn-Berlin 4,68, **Wäschereibauer:** a. **Metallarbeiter:** Delz 2,88, **Graphische Berufs:** Dresden 5,11, **Schneider:** Eberbach 6,11, **Wägen:** 20,49, **Jänichen-Dresden:** 1,44, **Erfurt:** 1,82, **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Berlin N. 4,16, **Rehl-Berlin:** 1,80, **Stahlarbeiter:** Jörn 20,82. **Gesamte RM. 72,72.**

R. Klein, Hauptkassierer.

### Versammlungen.

**Berlin.** **Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Gäste willkommen. **Sängerkreis der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lehungsstunde im Verbands Hause der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Donnerstag, 5. September. **Kaufleute VIII (DB).** Abends 9 Uhr Sitzung im Königsplatz-Verein. **L.-D.: 1.** Vortrag des Hrn. Verbandssekretärs Eitelenz. **2.** Die Stellung des Vereins der Deutschen Kaufleute zur Politik. **3.** Abstimmlung über Gründung einer Zentralbibliothek. **4.** Geschäftsliches. — **Brauereiarbeiter VII.** Abds. 8 Uhr Versammlung bei Lindner, Großbeerenstr. 68, Ecke Poststraße. Vortrag des Kol. Rudolph über: Gewerbegericht und Verhältniswahl. — **Sonabend, 7. September.** **Wäschereibauer- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr bei Reichert, Berlin, 69 (weiser Saal). Versammlung mit Damen. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Kol. Trabert: Die Frau im Kampfe zur Besserstellung der Lage der männlichen Arbeiter. **Regulatorpost.** — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter II.** Abds. 8 1/2 Uhr, Rudolphstr. 36a, Versammlung. **1.** Mitteltage. **2.** Monatsbericht. **3.** Unterrichtsangelegenheiten. **4.** Vortrag an die Kombiniten. **5.** Vortrag des Redaktors B. Gieseler: Ueber Gewerbegerichtswahlen. **6.** Berufstatenangelegenheiten. **7.** Berichtlesen. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Reußstr. 22. Vortrag des Kol. Verbandsvorsitzenden Gieseler: Ueber Gewerbegerichtswahlen. **8.** Besprechung über Sozialwesen. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr bei Streiber, Leitwitzerstr. 3. Protokoll. Vortrag des Hrn. Lehrers Mathis über: Das Werden einer neuen Zeit. **Verichte.** **Berufstatenangelegenheiten.** Berichtlesen. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter V.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Reußstr. 4b. Tagesordn. u. a.: Vortrag des Verbandssekretärs, Kollegen Klein. **Aber:** „Gewerbegericht u. Verhältniswahlsystem“. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter IX.** Abends 9 Uhr Versammlung, Stettinerstraße 50. Tagesordnung dafelbst. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8 Uhr Zahlabend bei Schumann, Brunnenstr. 119. **Wittentage.** — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter XIII.** Abds. 8 1/2 Uhr, bei Grotzjan, Schönhauser Allee 180, Vortrag des Kollegen Rudolph: „Die Dichtkunst im Leben der Arbeiter“. — **Wäschereibauer- und Metallarbeiter VII.** Donnerstag, 5. September, abends 8 Uhr, Ausfühungsbild bei Hante, Triftstr. 41. **Rittwoch, 11. September,** abends 8 1/2 Uhr, ebendafelbst, Versammlung. **Monatsbericht.** Unterrichtsangelegenheiten. Vortrag des Verbandssekretärs, Kollegen Eitelenz: „Gewerbegericht und Verhältniswahl“. **Charlottenburg.** **Fabrik- und Handarbeiter.** Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schmidt, Bismarckstr. 35. Vortrag des Kollegen Rudolph über: „Gewerbegericht und Verhältniswahl“.

**Orts- und Mitgliedsverbände.**  
**Greve (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hülff, Schulze-Rattler, Distriktsstunde. — **Wachen (Distriktsklub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Halber, „Zägerhof“. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststraße, Distriktsstunde. — **Spanzen (Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selbstentzogene (Sängerkreis der Deutschen Gewerkschaften).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, Schallerstr. 23. Gäste willkommen. — **Wachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat Vertreterversammlung im Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Vorstand (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schlie, Brüderstraße 16, statt. Gäste willkommen. **L.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **2.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **3.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **4.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **5.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **6.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **7.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **8.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **9.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **10.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **11.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **12.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **13.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **14.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **15.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **16.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **17.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **18.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **19.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **20.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **21.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **22.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **23.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **24.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **25.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **26.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **27.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **28.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **29.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **30.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **31.-D.: 1.** Neuwahl eines Ortsverbands-Vorstandes, des Kol. Eden von Krefeld, **Wittentage**, Ortsverbands-Versammlung. **1. September.** **Stettin (Ortsverband).** Karl Müller, Grünstraße 8, Eingang Grünstr. III. **Schwarzwalder (Ortsverband).** Wilhelm Haufe, Borsigend.

### Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bestätigung angenommen.

**Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart**  
Auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1875.  
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.  
Kapitalanlage über 50 Millionen Mark.  
**Haftpflicht-Versicherung für Handwerker u. Gewerbetreibende.**  
Empfehlungsverträge mit Innungen, Verbänden, Vereinen und Handwerkskammern.  
Gesamtversicherungssumme über 700 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.  
Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwilligst und kostenfrei.  
**Unfall-Versicherung.** Vertreter aus allen Standes überall gesucht. **Lebens-Versicherung.** Besondere auf diesen Blatt erwünscht.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
**Buchdruck zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl Fabian und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg.  
**Kaufmannsbild des Verbandssekretärs Dr. Max Girsch.** Preis 50 Pfg.  
**Zeitschriften zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Girsch.** Preis 30 Pfg.  
**Bogenheft über die Unfallversicherungs-Gesetze von Karl Goldschmidt.** Preis 30 Pfg.  
**Der geistliche Arbeiterstand im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch.** Preis 30 Pfg.  
**Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt.** Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg. für Gewerkschaftler 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 RM., 20 Exemplare 7 RM., 30 Exemplare 9 RM. und 50 Exemplare 12,50 RM.  
**Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften von Wilhelm Gieseler.** Preis für Gewerkschaftler 2,40 RM.  
**Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften.** — Festschrift zum 25. Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.  
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Zeitschriften, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Betriebsbibliotheken, sind zum Einkaufspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da andersfalls der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird.  
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandssekretär Rudolf Klein, Berlin N.O. 53, Greifswalderstr. 221/223.  
**Das Bureau des Zentralrats.** Rudolf Klein.

**Der Gewerkverein**  
Jahrgang 1906  
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken und Vereinsbibliotheken  
3,50, sonst 6 Mark.  
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.  
Verbandsbureau:  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.  
Ochsenköpfe mit an Verbandsbibliotheken  
R. Klein,  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften**  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
Treffpunkt aller Gewerkschaftslogen am den Abenden und an jedem Sonntag. Brächtige Beküche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regeldahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Sommer-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, wobei zum Besuch freundlich ein Carl Berndt, Delonon.

**Bayman i. Schles.** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pfg. bei W. H. Guder, Große Burgstr. 14.  
**Gamm (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 RM. Unterbringung beim Kollegen W. Kiefewalter, Friedrichstr. 15.  
Wir laden zum sofortigen Eintritt bei hohem Lohn einen durchaus besten Kalfpfeiler für unsere Kalflebensfabrik. Erfirten mit Lohnansprüchen an **Gesellschaft Lederwerke „Hecaria“**, Redarsteinach (Sachsen).  
**Berliner Arbeiter** werden für Kalfpfeiler und Tafelarbeit. Dauernde Stellung, Umzugsvergütung. **Christiane Kühn**, Schöneberg, Ederstr. 11, Kalfpfeilerfabrik.  
**Umfassende Kenntnisse** in Hoch- u. Tiefbau, Bergbau, Maschinenbau, in der Bau-, Kunst- und Metallschneiderei, Kunstschlosserei, Lokomotivfabrikation, Elektrotechnik, Installation, Stereoskopie, in Stahlbau- und Steinmetzwerkzeugen, man durch Selbstunterricht oder Kursus bei **Carl Berndt, Delonon**, Kalfpfeilerfabrik, Schöneberg, Ederstr. 11, Kalfpfeilerfabrik. Prospekt u. Anerkennungschein gratis an **Delonon & Nachfeld, Potsdam-L. 1.**